Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14494**

19. Wahlperiode 25.10.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Carina Konrad, Karlheinz Busen, Nicole Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/436 –

Chancen der Digitalisierung für die Landwirtschaft und ihre Wertschöpfungskette nutzen

A. Problem

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft ist gemäß der Antragsteller weltweit eine der wichtigsten Wachstums- und Zukunftsbranchen. Sie wird ihnen zufolge wie andere Branchen von der Digitalen Transformation erfasst. Die Digitalisierung der Landwirtschaft birgt für die Fraktion der FDP eine Fülle von Marktchancen für innovative Unternehmen. Hiervon profitieren aus ihrer Sicht nicht nur die etablierten Anbieter der Branche, sondern auch kleine und mittelständische Unternehmer sowie Unternehmensgründer. Soll das gelingen, müssen laut der Antragsteller die Rahmenbedingungen stimmen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/436 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine Strategie zur Digitalisierung der Landwirtschaft voranzutreiben, mit der insbesondere Deutschlands weltweite Vorreiterrolle entlang der gesamten landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette gestärkt und ausgebaut wird. Die Bundesregierung soll sich u. a. dafür einsetzen, dass bundesweit einheitliche, maschinenlesbare und qualitativ hochwertige Geo-, Wetter- und Katasterdaten für die Landwirtschaft, die Maschinenringe und die Lohnunternehmen kostengünstig, nach Möglichkeit kostenfrei, zur Verfügung gestellt werden. Die Bundesregierung soll darauf hinwirken, dass derzeitige und künftige Einsatzmöglichkeiten von Drohnen in der Landwirtschaft nicht unangemessen eingeschränkt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 19/436 abzulehnen.

Berlin, den 23.Oktober 2019

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Alois Gerig
Vorsitzender

Albert Stegemann
Berichterstatter

Rainer Spiering
Berichterstatter

Peter Felser
Berichterstatter

Carina Konrad
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Harald Ebner
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Albert Stegemann, Rainer Spiering, Peter Felser, Carina Konrad, Dr. Kirsten Tackmann und Harald Ebner

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 7. Sitzung am 18. Januar 2018 den Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 19/436** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Ausschuss Digitale Agenda überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft ist gemäß der Antragsteller weltweit eine der wichtigsten Wachstums- und Zukunftsbranchen. Sie wird ihnen zufolge wie andere Branchen von der Digitalen Transformation erfasst. Die Antragsteller verweisen darauf, dass innerhalb der Agrarwirtschaft zunehmend digitale Techniken eingesetzt werden. Laut einer von den Antragstellern angeführten repräsentativen Befragung zur Digitalisierung in der Landwirtschaft setzen bereits mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland digitale Anwendungen der Landwirtschaft 4.0 ein. Die deutliche Mehrheit der Befragten geht laut Antragsteller davon aus, dass die Digitalisierung in der Landwirtschaft u. a. positive Auswirkungen auf die Qualität landwirtschaftlicher Produkte, die Kostenstruktur der Betriebe, die Umwelt und die Ressourceneffizienz der landwirtschaftlichen Produktion hat. Insgesamt begreifen bei der repräsentativen Befragung zwei Drittel der Landwirte und Lohnunternehmer die Digitalisierung als Chance. Die größten Hemmnisse für den Einsatz digitaler Technologien in der Landwirtschaft sind nach Meinung der Befragten hohe Investitionskosten, Sorge um IT- und Datensicherheit, unzureichende Internetversorgung und Sorge um den Verlust der Datenhoheit.

Im Ackerbau ist nach Aussage der Fraktion der FDP bereits eine Vielzahl digitaler Techniken im Einsatz, mit dem Ziel, die Ertragskraft und damit die Wettbewerbsfähigkeit am weltweiten Märkten zu sichern und die gestiegenen Anforderungen an den Schutz von Boden, Wasser, Luft und Ressourcen zu erfüllen. In der Tierhaltung kommen nach Angaben der Antragsteller u. a. Sensoren zum Einsatz, die das Wohlbefinden der Tiere überwachen, die eine präzise, leistungs- und bedarfsorientierte Fütterung steuern und komplette Prozesse automatisieren. Die Digitalisierung bringt nach Darstellung der Fraktion der FDP zudem Produkttransparenz und Verbraucherschutz voran. Verbraucher wollen ihr zufolge wissen, wie und wo ihre Lebensmittel produziert wurden. Auch hier kann laut der Fraktion der FDP die Digitalisierung helfen, wenn der Produktionsprozess von der Aussaat über die Ernte bis hin zur Verarbeitung lückenlos dokumentiert und per App nachvollziehbar wird.

Die Digitalisierung der Landwirtschaft birgt für die Fraktion der FDP eine Fülle von Marktchancen für innovative Unternehmen. Hiervon profitieren aus ihrer Sicht nicht nur die etablierten Anbieter der Branche, sondern auch kleine und mittelständische Unternehmer sowie Unternehmensgründer. Soll das gelingen, müssen laut der Antragsteller die Rahmenbedingungen stimmen. Deutschland muss sich aus Sicht der Fraktion der FDP intensiver bemühen, ein attraktiver Gründerstandort zu werden. Bessere Ausbildung, mehr Kooperation mit Hochschulen und Universitäten, weniger Regulierung sowie bessere Finanzierungsbedingungen sind aus ihrer Sicht erforderlich. Das schließt für die Fraktion der FDP auch eine effektivere und unbürokratische Förderpolitik ein.

Mit dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/436 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine Strategie zur Digitalisierung der Landwirtschaft voranzutreiben. Diese soll sich insbesondere an folgenden Leitlinien orientieren:

– Deutschlands weltweite Vorreiterrolle entlang der gesamten landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette soll gestärkt und ausgebaut werden. Die Chancen der Digitalisierung für den Landwirt, die Verbraucher, den Umweltschutz und das Tierwohl sind zu nutzen.

- Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass bundesweit einheitliche, maschinenlesbare und qualitativ hochwertige Geo-, Wetter- und Katasterdaten für die Landwirtschaft, die Maschinenringe und die Lohnunternehmen kostengünstig, nach Möglichkeit kostenfrei, zur Verfügung zu stellen. Hierbei ist von der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die zuständigen Landesämter einheitliche Standards, Formate und Prozesse bei der Datenbereitstellung verwenden.
- Die Bundesregierung soll darauf hinwirken, dass derzeitige und künftige Einsatzmöglichkeiten von Drohnen in der Landwirtschaft nicht unangemessen eingeschränkt werden.
- Die Entwicklung von Standardschnittstellen für eine problemlose Datenübertragung zwischen Maschinen, technischen Einrichtungen, Datenanbietern und Datenmanagementsystemen sowie die Entwicklung von Anwendungen zur Auswertung und Weiterverwendung großer Datenmengen (Big Data) ist von zentraler Bedeutung. Die Bundesregierung muss daher die Entwicklung einheitlicher anbieter- und systemübergreifender Schnittstellen fördern. Das Ziel eines fairen Wettbewerbs durch offene Schnittstellen und standardisierte Datenformate ist auch auf der Ebene der Europäischen Union (EU) voranzubringen.
- Die Bundesregierung soll sicherstellen, dass die Datentransparenz zwischen den beteiligten Akteuren von Digitalisierungsprozessen in der Landwirtschaft gegeben ist. Hersteller, Systemanbieter und Dienstleister müssen gegenüber ihren Kunden Rechenschaft darüber ablegen, welche Daten erhoben und wie diese verwendet werden.
- Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich angesichts der Chancen moderner Technologien für eine nachhaltige Landwirtschaft für einen sachlichen und wissenschaftsgeleiteten Umgang mit dem Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln einzusetzen. Dies gilt auch für den Einsatz moderner Technologien in der Tierhaltung.
- Die Bundesregierung soll sich für eine wirkungsvollere Start-up-Förderung einsetzen. Universitäre Unternehmensgründungen sind zu erleichtern, indem der bürokratische Aufwand minimiert wird und sich die Förderung mehr an den Bedürfnissen von Start-ups orientiert.
- Die Bundesregierung soll darauf hinwirken, dass der durch die Digitalisierung beschleunigte Strukturwandel in der Landwirtschaft unterstützt und abgefedert wird. Hier kommen sowohl gezielte Maßnahmen zur Förderung der betrieblichen Aus- und Weiterbildung als auch eine für unterschiedliche Betriebsformen maßgeschneiderte Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz in Frage.
- Essentiell für den Einsatz digitaler Technik ist sowohl die Verfügbarkeit schneller Breitbandanschlüsse als auch eine leistungsfähige mobile Netzabdeckung. Die Bundesregierung soll sich nach dem Motto „Privat vor Staat“ dafür einsetzen, dass der Breitbandausbau dort öffentlich gefördert wird, wo ein wirtschaftlicher Netzausbau durch Telekommunikationsunternehmen mittelfristig nicht realisiert werden kann.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat in seiner 40. Sitzung am 23. Oktober 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/436 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Öffentliches Fachgespräch

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat am 11. Februar 2019 ein öffentliches Fachgespräch zu dem Thema: „Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Landwirtschaft“ durchgeführt. Dazu wurden folgende neun Experten, die Gelegenheit zur Stellungnahme in dem öffentlichen Fachgespräch hatten, eingeladen:

- Prof. Dr. Engel Friederike Hessel, Digitalisierungsbeauftragte des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- Bernhard Krüsken, Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes e. V. (DBV),
- Dr.-Ing. Hermann Buitkamp, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA),
- Prof. Dr. rer. Nat. Hansjörg Dittus, Mitglied des Vorstandes des Zentrums für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR),
- Prof. Dr. Reiner Brunsch, Leibniz-Institut für Agrartechnik und Bioökonomie e. V. (ATB),
- Prof. Dr. Sonoko Bellingrath-Kimura, Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e. V.,
- Hubertus Paetow, Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft e. V. (DLG),
- Marita Wiggerthale, Referentin bei Oxfam Deutschland e. V.,
- Walter Haefeker, Deutscher Berufs- und Erwerbsimkerbund e. V. (DBIB).

Die Ergebnisse des öffentlichen Fachgesprächs vom 11. Februar 2019 sind in die Beratungen des Ausschusses zu dem Antrag auf Drucksache 19/436 eingegangen. Der Videomitschnitt des Parlamentsfernsehens von dem öffentlichen Fachgespräch ist der Öffentlichkeit über die Webseite des Deutschen Bundestages (www.bundestag.de) zugänglich.

2. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/436 in seiner 37. Sitzung am 23. Oktober 2019 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, das Thema Digitalisierung könne nicht wichtig genug eingeschätzt werden. Landwirtschaft sei im Grunde genommen nichts anderes als Ressourcen-Management. Das gelte vor allen Dingen bei jene Themen, wo sich inzwischen in erheblichem Umfang gesellschaftliche Strukturen beteiligten. Es müsse sich nur angeschaut werden, was im Bereich Pflanzenschutzmittel, beim Thema Düngung und bei der Tierhaltung „los sei“. Dort bestünden durch Digitalisierung gewaltige Chancen, Dinge neu auszurichten und nach vorne zu bringen. Das gelte insbesondere für die Anwendung digitaler Techniken im Bereich Pflanzenschutz. Deutsche Unternehmen brächten bereits hochinnovative Ausbringungsgeräte für Pflanzenschutzmittel auf den Markt. Wie von der Fraktion der FDP selber kritisch angemerkt, sei ihr Antrag längst veraltet. Insbesondere wenn der Antrag von seinen inhaltlichen Forderungen betrachtet werde, werde zum Ergebnis gekommen, dass er sich inzwischen in weiten Teilen durch aktives Handeln der Bundesregierung erübrigt habe. Bereits im Bundeshaushalt 2018 seien für das Thema „Digitalisierung in der Landwirtschaft“ zehn Millionen (Mio.) Euro eingestellt sowie für die Jahre 2019 bis 2021 jeweils 15 Mio. Euro vorgesehen. Viele der im Antrag der Fraktion der FDP genannten Forderungen seien bereits berücksichtigt worden. Deswegen könne die Fraktion der CDU/CSU nicht nachvollziehen, warum der Antrag überhaupt noch im Ausschuss beraten werde. Im 2017 vorgelegten „Zukunftsprogramm Digitalpolitik Landwirtschaft“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) seien bereits u. a. der Aufbau eines Kompetenzzentrums über die Bereitstellung von Geo- und Wetterdaten bis hin zum Ausbau der digitalen Infrastruktur als Prioritäten genannt und in die Umsetzung gebracht worden. Nichtsdestotrotz müsse weiter intensiv über die Digitalisierung gesprochen werden, um bei diesem für die Landwirtschaft zentralen Thema noch weiter nach vorne zu kommen. Gerade mit dem jüngsten Startschuss für die digitalen Experimentierfelder auf landwirtschaftlichen Betrieben hätten die Fraktionen der CDU/CSU und SPD gemeinsam mit dem BMEL gezeigt, dass hier neue Maßstäbe gesetzt würden und Deutschlands Digitalisierungs-Politik für die Landwirtschaft hochinnovativ sei.

Die **Fraktion der SPD** betonte, in der Fachwelt sei unstrittig, dass die Digitalisierung vermutlich das zentrale Instrument sei, um Landwirtschaft eine Zukunftsperspektive zu geben. Deutlich gesagt werden müsse, dass die Fraktionen der CDU/CSU und SPD bereits längst gehandelt hätten, bevor die Fraktion der FDP ihren Antrag geschrieben hätte. Gerade bei der Digitalisierung hätten sie gemeinsam erfolgreich politische „Pflöcke“ eingeschlagen. So wären insgesamt 60 Mio. Euro im Bundeshaushalt für die Digitalisierung in der Landwirtschaft für den Zeitraum bis 2021 verankert worden. Der Antrag der Fraktion der FDP sei leider auf das Thema Transparenz durch Digitalisierung nicht eingegangen. Es würden Instrumentarien gebraucht, um mit der Schaffung von Transparenz die einzelnen Handlungsfälle der Landwirtschaft lösen zu können. Das sei die entscheidende Frage bei der Digitalisierung der Landwirtschaft. Bei den aktuellen Demonstrationen der Landwirte würden Forderungen laut,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

die Düngeverordnung abzuschaffen und die Nitratbelassung des Grundwassers zu negieren. Wenn eine durchgetaktete Digitalisierung vorhanden wäre und die Daten der landwirtschaftlichen Betriebe transparent darlegt würden, bräuchte über solche Themen nicht mehr gestritten werden, weil die Transparenz, z. B. über das Gülleaufkommen, sie obsolet machen würde. Derzeit bestünde im Bereich von 4 G noch das Problem, die physikalischen Daten transportieren zu können. Die größte Herausforderung existiere im Bereich der Software-Herstellung selber. Während die großen Unternehmen in der Landtechnik ihre Schnittstellen herstellerübergreifend vereinheitlicht hätten, fielen die kleineren Hersteller bisher hinten runter. Daher müssten über die 60 Mio. Euro hinaus, die nur ein erster Anfang sein könnten, mehr staatliche Mittel investiert werden. Die Souveränität des Landwirts, des kleinen wie des großen, bei digitalen Anwendungen könne im Ergebnis nur der Staat sicherstellen. Deswegen werde in diesem Bereich der Staat noch viel intensiver tätig sein müssen, weit über das hinaus, was die Fraktion der FDP in ihrem Antrag festgehalten habe.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte, die Aussage der Fraktion der CDU/CSU, dass sich bereits viele der im Antrag der Fraktion der FDP für den Bereich der Digitalisierung der Landwirtschaft genannten Forderungen erledigt hätten bzw. bereits von der Bundesregierung berücksichtigt worden wären, sei nicht zutreffend. Deutschland hänge bei der Digitalisierung deutlich hinterher. Die Fraktion der AfD bewerte den Antrag der Fraktion der FDP und die mit ihm verbundene Diskussion positiv. Wichtige Punkte im Antrag der Fraktion der FDP seien die Datentransparenz und die Datenhoheit. Da laufe Deutschland Gefahr, dass die „Global Player“, die großen Landtechnikhersteller und Züchtungsunternehmen, die schon jetzt viele Daten hätten, sich mit ihren Interessen durchsetzen. Es komme darauf an, dafür zu sorgen, dass die Datenhoheit bei den Landwirten verbleibe. Ein weiterer wichtiger Punkt im Antrag der Fraktion der FDP sei die Start up-Förderung. Hier existierten bereits fachwirtschaftliche Impulse. Von Seiten eines Landwirtschaftsverlages, der Landwirtschaftlichen Rentenbank und der Deutschen Landjugend sei gemeinsam eine Förderwerkstatt, begleitet durch eine eigene Fachzeitschrift, gegründet worden. Von ihr würden z. B. innovative kleine Unternehmen und Junglandwirte unterstützt sowie Investoren mit Start ups aus dem Agrarbereich zusammengebracht. Ein solches Projekt würde in Deutschland eigentlich hundertfach benötigt. Es fehle zudem von staatlicher Seite ein entsprechendes Engagement im Bereich der Universitäten. Dort sei Deutschland noch längst nicht da, wo andere Länder schon seien. Im Antrag der Fraktion der FDP fehle das Thema „Künstliche Intelligenz“ (KI). Viele der Dinge, die die Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ des Deutschen Bundestages thematisiere, „verschlafe“ Deutschland. In ihrer Strategie KI fordere die Bundesregierung die Einrichtung 100 neuer Professuren. Sie existierten bis heute noch nicht. Laut dem Antrag der Fraktion der FDP solle der beschleunigte Strukturwandel in der Landwirtschaft einerseits unterstützt und andererseits abgefedert werden. Die derzeitigen Proteste der Bauern hätten damit zu tun, dass der Strukturwandel sich brutal, mit 4 000, 5 000 Höfen, die jedes Jahr „zumachten“, weiter vollziehe. Durch die Digitalisierung könnten die bäuerlichen Familien mitgenommen und der Strukturwandel abgefedert werden.

Die **Fraktion der FDP** äußerte, mit ihrem Antrag habe sie schon vor weit über einem Jahr darauf aufmerksam gemacht, dass die Digitalisierung eine zentrale Zukunftsaufgabe für die Landwirtschaft sei, um u. a. das Spannungsfeld zwischen Verbrauchern und Landwirten zu überbrücken. Dass das Thema aktueller denn je sei und Antworten auf die Fragen der landwirtschaftlichen Betriebe gebraucht würden, sei jedem noch einmal mit den aktuellen bundesweiten Demonstrationen aus der Landwirtschaft bewusst geworden. Es hätte wohl kaum jemand für möglich gehalten, dass sich aus der Mitte der Landwirte heraus, ohne die Unterstützung von Verbänden, eine Organisation bilde, die es schaffe, bundesweit Demonstrationen auf die Straße zu bringen. Den Landwirten fehle die notwendige Planungssicherheit. Die Frage, wie die Digitalisierung genutzt werde und ob sie auch in der Landwirtschaft umgesetzt werden könne, sei nicht zuletzt auch eine Frage davon, wie viel Wertschöpfung in den Betrieben generiert werden könne. In Bezug auf ihre Zukunft hätten die Landwirte viele offene Fragen, unabhängig davon, wie und wo sie produzierten. Die Fraktion der FDP sehe eine breite Erkenntnis in den meisten Fraktionen, dass darüber gesprochen werden müsse, wie durch Digitalisierung Pflanzenschutzmittel gezielter an die Pflanzen und mehr Tierwohl in die Ställe bekommen werde. Die Landwirte brauchten im Kontext der Digitalisierung des Agrarsektors Planungssicherheit und Antworten auf dringende Fragen. Dazu zähle u. a. die Frage, wie mit den Daten umgegangen werde, die schon heute im großen Umfang auf den Betrieben, von verschiedenen Maschinen und von verschiedenen Anwendungen, gesammelt würden. Die Landwirte brauchten zudem Antworten auf die Frage, was die Bundesregierung in diesem Bereich plane. Hier sei im Moment vieles im Gespräch, aber passiere bisher wenig Konkretes. Als Beispiel nenne sie die digitalen Testfeldern, bei denen offen sei, wo diese entstünden und welche Rolle sie für die Zukunft der Landwirte spielten. Ihr Antrag habe zu Beginn der 19. Wahlperiode den inhaltlichen Aufschlag gemacht, dass im Ausschuss über die Digitalisierung gesprochen worden sei. Sie hielte es für wünschenswert, dass dieses Thema auch in Zukunft auf der Agenda des Ausschusses ganz oben stehe.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bemerkte, das Thema Digitalisierung sei wichtig. Daher habe der Ausschuss am 11. Februar 2019 zu „Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Landwirtschaft“ ein öffentliches Fachgespräch“ (Fachgespräch) durchgeführt. Dass das Thema immer noch aktuell sei, zeige das Dilemma, in dem die Agrarpolitik stecke, weil die Dinge, die auch in dem Fachgespräch pointiert von den eingeladenen Experten vorgetragen worden seien, erstens noch nicht gelöst worden seien und zweitens teilweise im Antrag der Fraktion der FDP fehlten. Was den Ausbau der digitalen Infrastruktur, gerade im ländlichen Raum, angehe, sei Deutschland nach wie vor Entwicklungsland. Jeder, der z. B. schon einmal in den baltischen Staaten im Urlaub gewesen sei, wisse, dass die digitale Infrastruktur eines Landes bedeutend schneller ausgebaut werden könnte. Auf der einen Seite biete die Digitalisierung durchaus faszinierende technische Möglichkeiten, auf der anderen Seite sei klar, dass die systemischen Probleme in der Landwirtschaft mit ihr nicht technisch gelöst werden könnten. Digitale Anwendungen in der Landwirtschaft kosteten Geld, was in der Regel in den Betrieben nicht ausreichend vorhanden sei oder zumindest die Abhängigkeit der Landwirte von Finanzquellen noch weiter verstärke, was politisch nicht gewollt sein könne. Im Antrag der Fraktion der FDP werde das erkennbare Risiko bei der Datenhoheit nicht ausreichend beschrieben. Die Datenhoheit wäre ein zentrales Thema beim Fachgespräch gewesen, wo die Frage gestellt worden sei, wie es mit der Souveränität bei den Daten aussehe und welche politischen Entscheidungen benötigt würden, um die Datensouveränität und die Datensicherheit im Interesse der landwirtschaftlichen Betriebe hinzubekommen. Der Antrag der Fraktion der FDP mache hierzu außer Feststellungen keine Vorschläge, was bedauerlich sei. Wer die aktuellen Demonstrationen der Bauern verfolgt habe, habe beobachten können, dass sie überwiegend mit großen Schleppern unterwegs gewesen wären. Es stelle sich die Frage, ob die Chance der Digitalisierung genutzt werde, z. B. aus diesem Maschinenpark herauszukommen, denn aus der Ressortforschung komme ja die Forderung nach modularen Maschinensystemen, weil alle wüssten, dass der jetzige Maschinenpark durchaus negative Folgen für die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen z. B. für die Bodenverdichtung habe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legte dar, die Digitalisierung habe, wie von anderen Fraktionen ausgeführt, durchaus interessante Potenziale. Im Antrag der Fraktion der FDP seien zu ihr zwar wichtige Punkte genannt worden, aber insgesamt zeichne sich der Antrag durch erhebliche inhaltliche Schwächen aus. Der durch ihn verfolgte Eindruck, als seien alle Umweltprobleme oder die von Verbraucherseite am derzeitigen Modell der Landwirtschaft geäußerte Kritik mit Digitalisierung zu lösen, sei falsch. Hier müsse gesagt werden, dass die reine Optimierung eines grundsätzlich problematischen Systems noch lange keine echte Nachhaltigkeit bringe. Es werde nicht nur weniger vom Falschen, sondern mehr vom Richtigen gebraucht. So hänge das Tierwohl von den Haltungsbedingungen ab, die hohen Gülleüberschüsse ließen sich nicht digital „wegzaubern“ und eine verfehlte Agrarpolitik, die über Jahrzehnte das Höfesterben nicht nur nicht aufgehalten, sondern beschleunigt habe, werde digital nicht einfach aus der Welt geschafft. Die Digitalisierung sei mit Bestimmtheit ein wichtiger Punkt. Die Agrarpolitik sollte sich davor hüten, zu meinen, als wäre sie die Lösung für Alles. Die Digitalisierung sei nur eines von mehreren Instrumenten. Im Antrag der Fraktion der FDP werde vor einer klaren Regulierung zurückgeschreckt. In ihm werde zwar ein wenig davon gesprochen, dass auf eine zentrale Koordination für einheitliche Schnittstellen hingewirkt werden sollte. Hier müsse die Fraktion der FDP auch „Butter bei die Fische“ geben“ und sich trauen, der Marktmacht der entsprechenden Konzerne zu begegnen. Die Förderung kleiner Betriebe komme im Antrag viel zu kurz, zumal die Gefahr bestehe, dass mit einer entsprechend erheblichen Kapitalnotwendigkeit für die Investitionen im Bereich Digitalisierung der Strukturwandel bzw. der „Struktur-Tsunami“ in der Landwirtschaft weiter beschleunigt werde. Die kleinen Betriebe stünden bekanntlich nicht im Fokus der Fraktion der FDP, weshalb wahrscheinlich die konkreten Vorschläge zu ihnen in deren Antrag fehlen würden. Es reiche nicht aus, mit der Digitalisierung alles nur ein bisschen besser zu machen, sondern es müsse die Landwirtschaft insgesamt neu gedacht werden.

3. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/436 abzulehnen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 23. Oktober 2019

Albert Stegemann
Berichterstatter

Rainer Spiering
Berichterstatter

Peter Felser
Berichterstatter

Carina Konrad
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Harald Ebner
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.